

Zitate zur Lehrstellenkrise

Helmut Kohl, Bundeskanzler, 1996

Es ist eine „Schande für Deutschland“, wenn ein so reiches Land nicht in der Lage ist, jungen Leuten Ausbildungsplätze zu garantieren. (FR, 17.8.1996)

Gerhard Schröder, Bundeskanzler, Regierungserklärung 1998

„Wir wollen und wir werden erreichen, dass alle Jugendlichen einen qualifizierten Ausbildungsplatz bekommen. Das ist ihre Erwartung an die Politik, und die werden wir erfüllen.“

Gerhard Schröder, Bundeskanzler, Regierungserklärung 2003

„Es gehört zum Kernbestand der sozialen Marktwirtschaft, dass sich die unternehmerische Verantwortung nicht nur auf ein gutes Jahresergebnis erstreckt. Unternehmen und Unternehmer tragen auch die gesellschaftliche Verantwortung. Diese Verantwortung zeigt sich zunächst und vor allem im Engagement für diejenigen, die am Anfang ihres Berufsleben stehen. Es steht aber fest: 70% der Unternehmen entziehen sich ihrer sozialen und übrigens auch ökonomischen Verantwortung. Sie sägen damit an dem Ast, auf dem sie sitzen.“

Die Marktwirtschaft lässt grüßen:

Die CDU-Regierung zur Ablehnung der Petition für ein „Ausbildungsplatzgesetz“ (1997):

„Eine Ausbildungsabgabe wäre auch dem Wirtschaftsstandort Deutschland in hohem Maße abträglich, weil sie zu einer Belastung für die Betriebe führt und der Produktionsfaktor Arbeit auf jeden Fall entlastet werden muss.“

Warum gibt es zu wenig Lehrstellen?

Wolfgang Drechsler, Geschäftsführer des Unternehmerverbandes Südhessen, am 26.7.1999:

Die Unternehmer treffen Entscheidungen in erster Linie nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Wenn sich die Ausbildung nicht rechnet, wird eben nicht ausgebildet!

Reinhold Stämmler, Unternehmerverband Südhessen, am 23.6.2003 und am 5.7.2003 im DE:

Die Lehrstellensituation wird sich erst ab dem Jahr 2008 wieder verbessern, wenn geburtenschwächere Jahrgänge die Schule verlassen.

[Im Klartext: Pech gehabt, wer zum falschen Zeitpunkt geboren wurde!]

Muss nicht doch die Ausbildungsabgabe her?

Walter Hoffmann, SPD-Bundestagsabgeordnete aus Darmstadt, FR am 4.9.1999:

"Der Kanzler ist sehr skeptisch, und auch in der SPD ist die Meinung geteilt. Letztlich entscheidet(!) der Markt(!)."

Warum setzt die SPD ihr eigenes „Ausbildungsplatzgesetz“, das sie 1997 in den Bundestag einbrachte und 1998 von der Kohlregierung abgelehnt wurde, jetzt nicht durch?

Wolfgang Thierse, SPD-Vize, am 8.6.2001:

Der Widerstand der Wirtschaft hindert uns daran. (...) „Ich sehe in der SPD keine große Neigung einen weiteren Streit mit der Wirtschaft anzuzetteln! (...)

„Gesetze lassen sich nicht gegen die Wirtschaft durchsetzen!“ (...)

Im Frühjahr 2004 drohen die Arbeitgeber offen mit einem Ausbildungsboykott für den Fall, dass die Bundesregierung an der Einführung der gesetzlichen Umlagefinanzierung festhält. Im Juni lässt die Regierung ihr „Ausbildungsplatzgesetz“ nach einem erneuten Lehrstellenversprechen der Wirtschaft („Ausbildungspakt“) wieder in der Schublade verschwinden.

Fazit:

Über die Zukunft der Jugendlichen wird am wenigsten im Parlament entschieden. Darüber entscheidet „die Wirtschaft“, „der Markt“, sprich die Unternehmer. Doch auch sie können nicht frei handeln: Die Konkurrenz und der „Zwang zur Gewinnmaximierung“ diktiert ihnen ihr Handeln.

Der Mensch, der Jugendliche, verkommt zum bloßen Kostenfaktor. Die „Würde des Menschen“, als höchster Verfassungsgrundsatz, steht für viele nur auf dem Papier.

26-6-2004